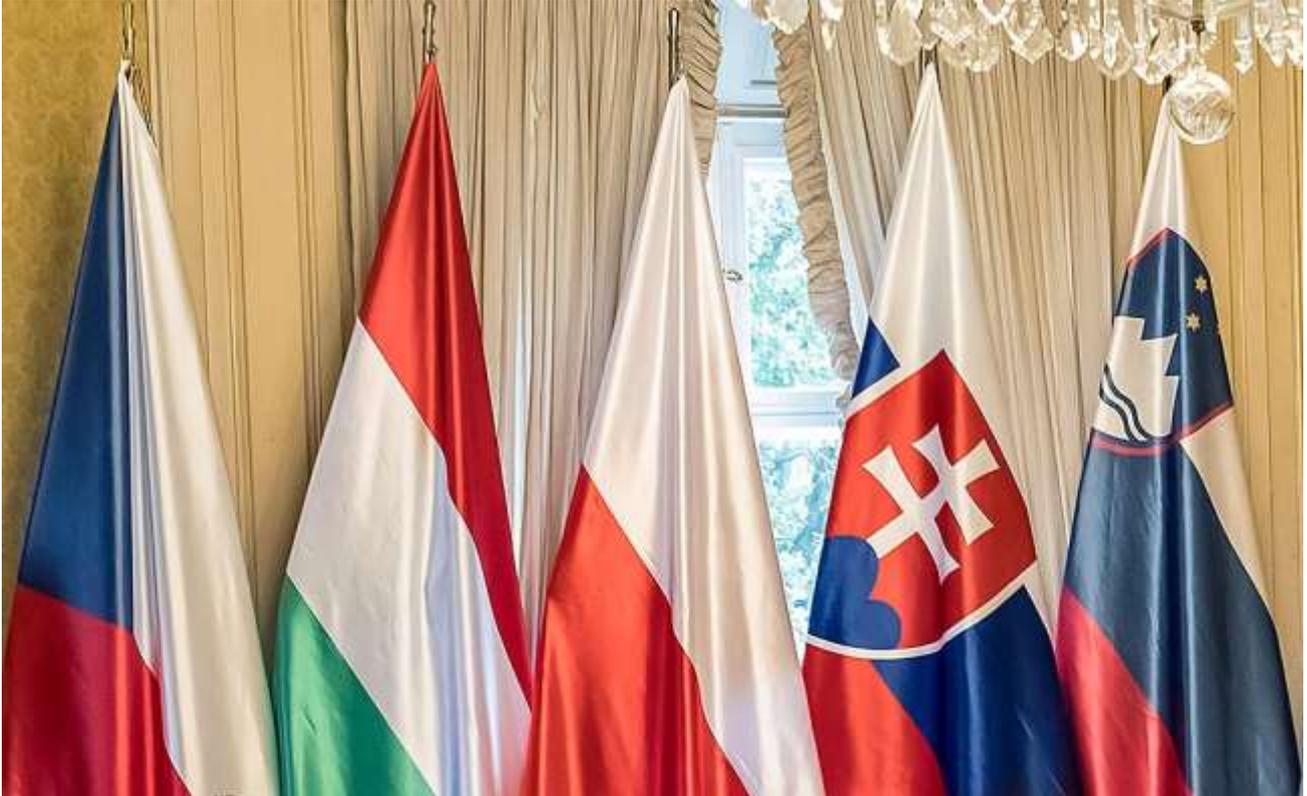


01) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 16. bis 22. August

23. 08. 2021



Bildquelle: Demokracija

Slowenien

- Am Donnerstag, den 19. August, führte der Premierminister der Republik Slowenien, Janez Janša, ein Telefongespräch mit dem Präsidenten des Europäischen Rates, Charles Michel. Sie erörtern die jüngsten Entwicklungen und die Lage in Afghanistan, die künftigen Aktivitäten des EU-Rates angesichts der sich verändernden geopolitischen Lage, die Zukunft Europas und das Strategische Forum von Bled sowie die Tagesordnung des bevorstehenden Gipfels EU-Westbalkan.
- Am Freitag, den 20. August, änderte die Regierung die Verordnung über die Durchführung von Screening-Programmen zur Früherkennung neuer Coronavirus-Infektionen und legte neu fest, für welche Aktivitäten die Kosten für Antigen-Schnelltests weiterhin aus dem Staatshaushalt gedeckt werden, so Gesundheitsminister Janez Poklukar heute. Bis auf weiteres werden die Tests einmal pro Woche durchgeführt.
- Am Freitagabend, den 20. August, trafen sich linke Demonstranten mit Premierminister Janez Janša und Innenminister Ales Hojs auf der Kredarica-Hütte am Fuße des höchsten Berges Sloweniens, des Triglav, und griffen sie verbal an. Janša und Hojs besuchten den Triglav mit einer ungarischen Delegation, und die Demonstranten beschmutzten den Gipfel des höchsten slowenischen Berges ideologisch mit einem 70. symbolischen Antikriegsprotest. Während des Vorfalls auf der Berghütte blieben der Minister und der Premierminister ruhig, während sie sich die Beleidigungen und Anschuldigungen der Linken anhörten.
- Am Sonntag, den 22. August, betonte Premierminister Janez Janša auf seinem Twitter-Account, dass „die EU keine europäischen „humanitären“ oder Migrations-

korridore nach Afghanistan öffnen wird. Wir werden nicht zulassen, dass sich der strategische Fehler von 2015 wiederholt“, und fügte hinzu, dass nur denjenigen geholfen wird, die uns während der NATO-Operation geholfen haben, und den EU-Mitgliedern, die unsere Außengrenze schützen.

Ungarn

- Nach einer am Montag, dem 16. August, veröffentlichten Umfrage des Instituts Republikon würde die Fidesz-KDNP bei den Parlamentswahlen am kommenden Sonntag 35 % der Stimmen erhalten, vor der Demokratischen Koalition (DK) des ehemaligen sozialistischen Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány und seiner Frau Klára Dobrev mit 12 %, Jobbik (rechtsextreme, EU-freundliche Populisten) mit 11 %, Momentum mit 6 % und der Sozialistischen Partei mit 6 % – insgesamt 35 % für die so genannte vereinigte Opposition, die somit mit der scheidenden Mehrheit gleichauf liegt, während die nationalistische Bewegung Mi Hazánk von László Toroczkai nur 1 % der Stimmen erhalten würde. Allerdings sind 26 % der Befragten noch unentschlossen, auch wenn die Wahlen erst im April 2022 stattfinden werden.
- Das ungarische BIP ist im zweiten Quartal 2021 buchstäblich in die Höhe geschneit und hat im Vergleich zum gleichen Zeitraum 2020 um 17,9% zugelegt. Dieser starke Anstieg (der höchste aller Zeiten) folgt auf den ebenso starken Rückgang (5,5 %) im vergangenen Jahr. Diese Ankündigung ist eine gute Nachricht für ungarische Familien, da der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán Anfang Juni ankündigte, dass Familien eine Steuerrückerstattung von bis zu 800.000 Ft (ca. 2.300 €) pro Person erhalten, wenn das Wachstum im gesamten Jahr 2021 über 5,5 % liegt. Dies könnte eineinhalb Millionen Steuerzahler betreffen. Darüber hinaus sind im Falle eines starken Wachstums auch Prämien für Rentner vorgesehen. Schließlich dürfte die ungarische Wirtschaft nach den aktuellen Prognosen auch im dritten Quartal recht kräftig wachsen.
- Die ungarische Staatsverschuldung ist zwischen dem 31. März und dem 30. Juni 2021 von 81% auf 77,6% des BIP gesunken.
- In einer am 15. August in der konservativen Tageszeitung Magyar Nemzet veröffentlichten Analyse hat der Politologe Tamás Fricz das Huxit-Tabu gebrochen und die objektiven Gründe dargelegt, die die ungarischen Behörden dazu veranlassen könnten, eine solche Option in Betracht zu ziehen, die bisher als undenkbar galt.
- Laut den am Mittwoch, den 18. August, veröffentlichten Eurostat-Statistiken wuchs der Bausektor zwischen Juli 2020 und Juli 2021 um 2,8 % und in der gesamten Europäischen Union um 3,5 %. Besonders stark ist dieses Wachstum in Ungarn (+27,7%), Rumänien (+10,2%) und Österreich (+10%), während drei EU-Länder im gleichen Zeitraum einen Rückgang verzeichneten: Spanien (-10,6%), Deutschland (-1,6%) und Belgien (-0,6%).
- Das ganze Wochenende über feiert Ungarn seinen wichtigsten Feiertag, den Stephanstag, zum Gedenken an die Gründung des Landes im Jahr 1000 durch den ersten ungarischen König, den Heiligen Stephan I. (Szent István). Am Freitag, dem 20. August, verfolgten mehr als 700 000 Menschen ein außergewöhnliches 36-minütiges Feuerwerk am Donauufer zwischen der Margareten- und der Petöfi-Brücke in Budapest. 40 000 Raketen wurden von 300 verschiedenen Abschusspunkten aus abgefeuert, begleitet von einer eigens für das Ereignis komponierten und von einem 150-köpfigen Orchester gespielten Hintergrundmusik, während ein Sprecher die Geschichte Ungarns in sechs Kapiteln erzählte, die alle mit Drohnen eröffnet und abgeschlossen wurden.

Polen

- Der australische Premierminister Scott Morrison teilte am 15. August in Canberra mit, dass sein Land soeben eine Million BioNTech/Pfizer-Impfstoffe aus Polen gekauft hat, die für die Impfung von Australiern im Alter zwischen 20 und 39 Jahren, insbesondere in Sydney, verwendet werden sollen.
- Nach Angaben des polnischen Statistikamtes (GUS) wuchs das polnische BIP im zweiten Quartal 2021 um 10,9%, nach einem leichten Rückgang (0,9%) im ersten Quartal. Dieser hohe prozentuale Anstieg ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass das polnische BIP in der zweiten Jahreshälfte 2020 infolge der so genannten „ersten Welle“ der Kovidianmaßnahmen stark gesunken ist (8,3 %). Das BIP des zweiten Quartals 2021 ist somit um 1,7% höher als im zweiten Quartal 2019.
- Nach dem Fall von Kabul am 15. August und der faktischen Machtübernahme durch die Taliban in Afghanistan kündigte der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki auf seinem Twitter-Account an, dass Polen „humanitäre Visa für 45 Personen, die mit der polnischen Delegation [...] in Kabul gearbeitet haben, sowie für ihre Familienangehörigen“ ausstellen wird.
- Polen, das wie Litauen und Lettland mit einem Zustrom von Migranten aus dem Nahen Osten aus Weißrussland konfrontiert ist (achtmal mehr als im letzten Jahr!), beschloss am 13. August, seine Grenzschutzbeamten an der weißrussischen Grenze zu verstärken. „Die Situation an der Grenze zu Belarus ist unter Kontrolle. Ich danke allen, die sich für die Sicherheit unserer Grenzen einsetzen, für ihre professionelle Arbeit. Der polnische Staat ist auf jede mögliche Entwicklung der Situation vorbereitet“, sagte der polnische Innenminister Mariusz Kamiński zu diesem Thema.
- Die polnische liberal-konservative Bewegung Konfederacja äußerte sich am Donnerstag, den 19. August, besorgt über den möglichen Missbrauch des von Gesundheitsminister Adam Niedzielski vorgelegten so genannten „Gesetzes 1449“ zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten, das Geldstrafen von bis zu 30.000 Zloty (6.500 Euro) für jede „Verheimlichung von Informationen“ über die Epidemie vorsieht. Jakub Kalus, der die Konfederacja vertrat, prangerte an, dass der Gesetzentwurf keine Möglichkeit der Entschädigung im Falle eines durch den Impfstoff verursachten Todes vorsieht und eine Entschädigung für Personen ausschließt, die am Tag ihres Krankenhausaufenthalts positiv auf Covid getestet wurden. Für Krzysztof Bosak, den stellvertretenden Vorsitzenden der Konfederacja, „stehen diese Vorschriften in drastischem Widerspruch zu der offiziellen Propaganda von Optimismus und Sicherheit, die von der Regierung vertreten wird [...] Wenn die Regierung völlig davon überzeugt wäre, dass Impfungen nur eine Formalität sind, dass alles sicher und praktisch risikofrei ist, wäre es für sie ein Leichtes, ein effizientes Verwertungssystem einzuführen, das alle negativen Reaktionen auf Impfungen erfasst, und einen effizienten und transparenten Entschädigungsfonds einzurichten“. Krzysztof Bosak forderte daraufhin auch den Rücktritt des Gesundheitsministers Adam Niedzielski, denn „ein Mann, der solche Vorschriften einführt, ist eines Amtes, das dem Wohl der Polen dient, nicht würdig. Die Regierung muss die Rechte der Bürger achten.“
- Die Europäische Kommission hat beschlossen, die Subventionen für die Woiwodschaft Kleinpolen auszusetzen, weil diese polnische Region eine Entschließung angenommen hat, in der sie sich für „frei von LGBT-Ideologie“ erklärt – eine weitgehend symbolische Aussage.
- Nach der Unterzeichnung der Änderung der Verwaltungsverfahrensordnung durch den polnischen Präsidenten Andrzej Duda, die vorsieht, dass eine Verwaltungsentscheidung 30 Jahre nach ihrem Erlass nicht mehr angefochten werden kann, und den darauf folgenden empörenden Äußerungen führender israelischer Politiker, die die polnische Änderung fälschlicherweise als antisemitisch und als Verstoß gegen die „Rechte der Opfer des Holocaust“ bezeichneten, erklärte

der polnische Premierminister Mateusz Morawieck am 15. August: „Die Entscheidung Israels, den Rang der diplomatischen Vertretung in Warschau herabzusetzen, ist unbegründet und unverantwortlich, und die Worte des israelischen Außenministers und stellvertretenden Premierministers Yair Lapid erregen die Empörung eines jeden ehrlichen Menschen. Jeder, der die Wahrheit über die Shoah und das Leid Polens während des Zweiten Weltkriegs kennt, kann eine solche Art des politischen Spiels nicht tolerieren. [...] Diese Tragödie für parteipolitische Interessen zu nutzen, ist beschämend und unverantwortlich. Wenn die israelische Regierung Polen weiterhin auf diese Weise angreift, wird sich dies auch sehr negativ auf unsere Beziehungen auswirken – sowohl bilateral als auch international. So hat die israelische Regierung ihren Geschäftsträger in Polen abberufen und beschlossen, ihren Botschafter vorerst nicht nach Warschau zu entsenden, während sie den polnischen Botschafter, Marek Magierowski, offiziell gebeten hat, nicht nach Israel zurückzukehren. Angesichts dieser wachsenden Spannungen haben die polnischen Behörden beschlossen, die Kinder des polnischen Botschafters in Israel aus Sicherheitsgründe nach Warschau zurückzuschicken... Polen war bisher eines der wenigen europäischen Länder, das Israel auf der internationalen Bühne systematisch verteidigt.

- Das Warschauer Berufungsgericht hat am Montag, den 16. August, entschieden, dass Jan Grabowski und Barbara Engelking, die Autoren des Buches „Die Nacht ist die nächste“, sich doch nicht bei Filomena Leszczyńska für die in ihrem Buch aufgestellten Behauptungen entschuldigen müssen, ihr Onkel Edward Malinowski sei während des Zweiten Weltkriegs „mitschuldig am Tod von mehreren Dutzend Juden, die sich im Wald versteckt hielten und den Deutschen übergeben wurden“. Der Vorsitzende der Polnischen Liga gegen Verleumdung (Fundacja Reduta Dobrego Imienia – Polska Liga Przeciw Zniesławieniom), Maciej Świrski, der Filomena Leszczyńska in dem Fall unterstützt, kündigte an, eine Kassationsklage einzureichen.

Tschechische Republik

- Die Lufthansa-Tochter Eurowings, die Low-Cost-Airline, hat angekündigt, ab dem 31. Oktober elf neue Flugverbindungen ab Prag zu eröffnen. Neben der bestehenden Strecke nach Düsseldorf verbindet Eurowings die tschechische Hauptstadt nun auch mit Athen, Barcelona, Birmingham, Bristol, Kopenhagen, Fuerteventura, Malaga, Mailand, Tel Aviv, Teneriffa und Zagreb.
- Gleichzeitig hat die öffentliche Werbeagentur CzechTourism gerade eine Kampagne in den deutschen Grenzregionen Sachsen und Bayern sowie in Berlin und Thüringen gestartet, die sich auf den Kur- und Städtetourismus konzentriert. Im Jahr 2019, dem letzten Jahr vor dem Covid, besuchten mehr als zwei Millionen deutsche Touristen die Tschechische Republik. Ähnliche Kampagnen wurden auch in Österreich, Ungarn, den Niederlanden, Polen, der Slowakei und der Ukraine gestartet.
- In einem Interview mit Parlamentní Listy kritisierte der tschechische Präsident Miloš Zeman die Vereinigten Staaten und die NATO scharf für das Fiasko, das der Fall von Kabul am 15. August war und an den Fall von Saigon 1975 erinnert. Der tschechische Ministerpräsident Andrej Babiš bezeichnete einen solchen überstürzten Abzug der US-Truppen aus Afghanistan als „nutzlosen Blödsinn“.

Slowakei

- Die staatliche Anwendung zur Verwendung von QR-Codes ist jetzt verfügbar. Seine Nutzung liegt im Ermessen der Eigentümer von Geschäften und Freizeiteinrichtungen.
- Auch in der Slowakei bedrohen Engpässe die Bauwirtschaft, und es wird erwartet, dass die Kosten in den kommenden Monaten um 10–25 % steigen werden.
- Laut einer AKO-Umfrage ist die Partei des ehemaligen Ministerpräsidenten Peter Pellegrini mit 19,5 % die beliebteste. Es folgen die SaS mit 14,7 %, Robert Ficos Smer mit 11,3 %, dann die Partei, die die Regierungskoalition anführt, OL'ANO mit 9,8 %, gefolgt von der PS mit 8,9 %, Sme Rodina mit 6,6 % und KDH mit 6,3 %. Die anderen Parteien liegen unter 5 %, vor allem die Nationalisten von Kotleba (L'SNS) mit 3,9 %. 16,2 % der Befragten beabsichtigen, sich der Stimme zu enthalten, und 14,5 % sind unentschlossen.

Litauen

- Die Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und Litauen sind angespannt, seit die Behörden in Vilnius dem nationalistischen China (Taiwan) im Juli die Eröffnung eines Handelsbüros in dem baltischen Land erlaubt haben. Als Vergeltung hat China, wie die Drei-Meere-Initiative (TSI) am Donnerstag, den 19. August, auf Twitter bekannt gab, beschlossen, alle direkten Eisenbahnverbindungen zwischen China und Litauen im Rahmen des Projekts Neue Seidenstraße bis auf Weiteres auszusetzen. Die Provinz Taiwan, in die sich Chiang Kai-sheks nationalistische chinesische Regierung der Kuomintang (Nationalistische Partei Chinas, an der Macht bis 2016) im Dezember 1949 nach ihrer militärischen Niederlage gegen kommunistische Truppen zurückzog und die sich offiziell Republik China nennt, wird von der Volksrepublik China als integraler Bestandteil des chinesischen Staatsgebiets betrachtet. Trotz einiger Bestrebungen hat die Republik China (Taiwan) ihre Unabhängigkeit von der kommunistischen großen Schwester noch nicht offiziell proklamiert.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Judit Varga: „Polen und Ungarn stehen für gesunden Menschenverstand“

24. 08. 2021



Justizministerin Judit Varga · Foto: Facebook / Judit Varga

Polen und Ungarn stehen für den gesunden Menschenverstand in der Europäischen Union, und der Gedankenaustausch zwischen jungen Menschen aus beiden Nationen trägt zum Aufbau eines starken Europas bei, betonte Justizministerin Judit Varga in einer Videobotschaft an die Teilnehmer der 4. polnisch-ungarischen Sommeruniversität in Krasiczyn am Dienstag.

Die Videobotschaft eröffnete am Dienstag das Programm der diesjährigen Sommeruniversität im Schloss Krasiczyn im Südosten Polens, die vom Waclaw-Felczak-Institut für polnisch-ungarische Zusammenarbeit in Warschau organisiert wurde.

Junge Menschen spielen heute eine Schlüsselrolle bei der Aufrechterhaltung der polnisch-ungarischen Freundschaft, die in der europäischen Geschichte beispiellos ist, sagte Judit Varga in ihrer Rede und fügte hinzu, dass die Zusammenarbeit zwischen den beiden Nationen weiterhin einen bedeutenden Einfluss auf die Entwicklung unseres Kontinents und unserer Zivilisation hat.

Die Ministerin betonte, dass der gesunde Menschenverstand der Ungarn und der Polen in einer Europäischen Union, „deren Institutionen das Imperium zu ihrer Fahne gemacht haben“, sehr gefragt sei.

Mit Blick auf die im Juni begonnene Reihe von EU-Konferenzen über die Zukunft Europas sagte Varga, dies sei eine Gelegenheit, diesen gesunden Menschenverstand individuell zu vertreten, „Nein zur Vertiefung der Integration zu sagen“ und darauf aufmerksam zu

machen, dass die Rechtsstaatlichkeit „nicht als politisches Erpressungsinstrument benutzt werden darf“. „Wir brauchen einen konstruktiven und nüchternen Dialog“, betonte sie und fügte hinzu, dass in diesem Zusammenhang auch die Organisation einer Sommeruniversität in Krasiczyń wichtig sei, die es jungen Menschen ermöglichen würde, Ideen auszutauschen. Sie wünschte den Teilnehmern, „Hüter der Werte“ zu sein, den Glauben weiterzugeben, „die Idee eines vielfältigen und starken Europas auf der Grundlage souveräner Nationen“, dessen Bausteine, wie Judit Varga sagte, die Familien und die christliche Kultur sind.

Am Dienstagmorgen werden rund 150 ungarische und polnische Studenten in einer Podiumsdiskussion im Rahmen der am Montag eröffneten Sommeruniversität mit Tymoteusz Zych, dem Vizerektor der neuen mitteleuropäischen Rechtsschule Collegium Intermarium in Warschau, über die Auswirkungen der Rechtsstaatlichkeit auf das tägliche Leben diskutieren. Der polnische Minister für Infrastruktur, Andrzej Adamczyk, wird anschließend neue Informationen über den internationalen Straßenkorridor Via Carpatia vorstellen.

Am Nachmittag werden die Jugendlichen an einer Debatte über die globale Erwärmung mit dem stellvertretenden polnischen Minister für Klima und Umwelt Edward Siarka teilnehmen. In einer abendlichen Podiumsdiskussion werden die Teilnehmer über die Zukunft Europas und über sich selbst diskutieren, bevor sie mit polnischen und ungarischen Experten zu einer Podiumsdiskussion über die gesellschaftlichen Herausforderungen nach der Coronavirus-Epidemie zusammenkommen.

Später am Tag werden die Schüler auch den Soldatenfriedhof in der nahe gelegenen Stadt Przemysl besuchen, um den dort gefallenen ungarischen Soldaten die letzte Ehre zu erweisen. Der Tag wird mit einer Tanzvorführung der Band Góbé abgeschlossen.

Zsófia Rácz, stellvertretende Staatssekretärin für Jugend im Ministerium für Humanressourcen, wird ebenfalls bei der Sommeruniversität in Krasiczyń anwesend sein, die noch bis Freitag läuft.

MAGYAR HÍRLAP

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [MAGYAR HÍRLAP](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Polen verstärkt familienfreundliche Politik

23. 08. 2021



Bildquelle: Visegrád Post

Der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki kündigte am Dienstag (17. August) die Einführung einer neuen Sozialleistung für Familien an, eine Art „Familienbonus“ ([Rodzinny Kapitał Opiekuńczy](#)) als Teil des allgemeineren Programms „Polnische Ordnung“ (*Polski Ład*), eines [kürzlich von der PiS ins Leben gerufenen New Deal](#) à la polonaise.

12.000 Zloty pro Kind ab dem zweiten Kind

Es handelt sich um eine Beihilfe von 12.000 Zloty pro Kind (etwa 2.600 Euro), die Familien ab dem zweiten Kind gezahlt wird – entweder 1.000 Zloty pro Monat (220 Euro) für ein Jahr oder 500 Zloty pro Monat (110 Euro) für zwei Jahre. Es kann z. B. für einen Krippenplatz, eine Tagesmutter oder die Betreuung eines Kindes durch einen Elternteil verwendet werden. Diese Leistung, die im ersten Jahr rund 410 000 polnischen Kindern zugute kommen soll, wird unabhängig vom Einkommen der Eltern sein und ergänzt das schon bestehende [Programm „500+“](#). Schließlich können Familien mit einem zweiten (oder mehreren) Kind(ern), das zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Leistung noch keine 36 Monate alt ist/sind, die Leistung ebenfalls erhalten, bis das/die betreffende/n Kind/er das dritte Lebensjahr vollendet hat/haben. Davon sind rund 110.000 zusätzliche Kinder betroffen.

Die Familien sind die Zukunft der Nation

„Ein moderner Staat, ein Wohlfahrtsstaat, ein Staat, der sich um die Würde des Menschen kümmert, muss sich in erster Linie um die Familien kümmern,

erklärte Mateusz Morawiecki bei dieser Gelegenheit und erinnerte daran, dass die liberale bzw. linke Opposition „Familien, insbesondere solche mit mehreren Kindern, sehr oft als etwas Ungewöhnliches... oder sogar Pathologisches ansieht, [während]

es die Familien sind, die den größten Beitrag zu unserer Gesellschaft leisten und die Zukunft unserer Nation gestalten“.

Für die polnische Familienministerin Marlena Maląg „wird es ein Anreiz sein, mehr Kinder zu bekommen, und es wird bessere Bedingungen für ihre Erziehung schaffen“, während Polen derzeit „vor ernsthaften Herausforderungen im Zusammenhang mit ungünstigen demographischen Trends steht“.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Tymoteusz Zych: „Unsere Universität beruht auf den unveränderlichen Ideen der Wahrheit, des Guten und des Schönen“

Was ist das Ordo Iuris Institut und was sind seine wichtigsten Ziele?

Von Álvaro Peñas

22. 08. 2021



Interview mit Tymoteusz Zych, Doktor der Rechtswissenschaften, Vizepräsident des Instituts Ordo Iuris und des Verbands der Nichtregierungsinitiativen in Polen sowie Rektor des Collegium Intermarium

Im Grunde ist Ordo Iuris eine Denkfabrik für Menschenrechte, die sich zum Ziel gesetzt hat, die Bedeutung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 und des New Yorker Pakts von 1966 wiederherzustellen, und zwar angesichts der neuen Menschenrechte, die von internationalen NGOs und einer radikalen Ideologie ausgehen, die nichts mit den Menschenrechten zu tun hat. Eine Ideologie, die nicht darauf abzielt, die Gesellschaft zu verbessern oder ihr zu helfen, und die sich sehr oft gegen den Menschen selbst und gegen alle Grundlagen der Gesellschaft richtet. Ordo Iuris setzt sich mit dieser Ideologie sowohl auf juristischem als auch auf wissenschaftlichem und philosophischem Gebiet auseinander, jetzt auch durch das Collegium Intermarium.

Ihr Ziel ist es, den Menschenrechten wieder einen Sinn zu geben, aber heutzutage wird in Europa die LGBT-Ideologie als ein europäischer Grundwert definiert und alle traditionellen Werte werden verändert.

Ja, ich stimme Ihnen zu, es gibt eine Veränderung der Bedeutung der Menschenrechte, und die LGBT-Ideologie hat sicherlich nichts mit ihnen zu tun, denn es geht nicht um den Schutz der Menschenrechte einer bestimmten Gruppe von Menschen, sondern um etwas ganz anderes. Es handelt sich um eine politische und ideologische Bewegung, die versucht, die Gesellschaft auf der Grundlage der sexuellen Orientierung der Menschen zu regieren. Die Menschenrechte sind etwas viel Komplexeres als nur die Sexualität. All dies hat nichts mit der Gleichstellung sexueller Minderheiten zu tun, die bereits gesetzlich verankert ist, sondern mit Dingen wie der Vermittlung der LGBT-Ideologie in den Schulen. Es ist eine Ideologie, und natürlich haben Eltern das Recht, ihren Kindern diese Erziehung nicht zu geben.

Das Gleiche ist mit der Abtreibung geschehen, die zu einem Menschenrecht gemacht werden soll, während das wichtigste Menschenrecht, das Recht auf Leben, ignoriert wird. Deshalb ist es so wichtig, den Menschenrechten ihre Bedeutung zurückzugeben.

Sie haben die Abtreibung erwähnt. Im Dezember veröffentlichte die linke Zeitung *Gaceta Wyborcza* eine Anzeige des Abtreibungsunterstützungsnetzwerks, in der polnischen Frauen eine kostenlose Abtreibung angeboten wurde, die in Polen illegal ist. Ordo Iuris hat bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet. Was ist geschehen?

Zurzeit ist die Beschwerde nicht weiter verfolgt worden. Unsere Haltung im Fall *Gaceta Wyborcza* war nicht nur durch die mangelnde Achtung des polnischen Rechts motiviert, sondern auch, weil es sich um ein illegales Verfahren und eine gefährliche Art von Operation handelt. Deshalb wollten wir das verhindern, aber ich weiß nicht, ob die polnische Regierung etwas unternommen hat. Wir haben uns nicht auf das Strafrecht berufen, sondern auf das Gesetz über die Verwendung von Arzneimitteln, denn es ist obligatorisch, auf alle Bestandteile eines Medikaments und alle negativen Folgen, die seine Verwendung haben kann, hinzuweisen. Das wird mit allem gemacht, aber wenn es um Abtreibung geht, scheint es niemanden zu interessieren, und das sind Medikamente, die sehr schädliche Folgen für die Frau haben können. Dies ist ein weiterer Bereich, in dem unserer Meinung nach die Debatte eröffnet werden sollte.

Das polnische Verfassungsgericht hat erklärt, dass das polnische Recht Vorrang vor dem EU-Recht hat. Was ist Ihre Meinung zu diesem Thema?

Ich denke, das ist keine Kontroverse. In anderen Ländern wie Deutschland oder Rumänien haben die Gerichte in demselben Sinne entschieden, dass nationale Gesetze, die Verfassung, Vorrang vor EU-Gesetzen haben. Die Europäische Union ist nicht befugt, sich

in Angelegenheiten einzumischen, die den Mitgliedstaaten vorbehalten sind, und ihr Kompetenzkatalog ist in den Verträgen und durch die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit klar abgegrenzt.

Der erste Kurs des Collegium Intermarium beginnt im Oktober. Zusätzlich zu diesem Projekt gibt es meines Wissens ein weiteres Projekt des Justizministeriums. War es notwendig, diese Einrichtungen zu schaffen? Hat die Krankheit der politischen Korrektheit, die sich in ganz Westeuropa ausgebreitet hat, auch die polnischen Universitäten erreicht?

Das Projekt des Justizministeriums unterscheidet sich von unserem insofern, als es sich nur an Studenten richtet, die Jura und eine juristische Laufbahn anstreben. Das Collegium Intermarium ist nicht nur auf die Rechtswissenschaften, sondern auch auf die internationalen Beziehungen ausgerichtet, und sein interdisziplinärer Lehrplan umfasst auch andere Sozialwissenschaften wie Philosophie, Wirtschaft und Geschichte.

Die „Kultur der Annullierung“ (cancel culture) hat auch die polnischen Universitäten erreicht. So wurde beispielsweise an der Universität Kattowitz beim Rektor eine Beschwerde gegen eine Dozentin wegen ihrer „homophoben Ansichten“ und der Förderung radikaler katholischer Ansichten eingereicht. In der Beschwerde wurde darauf hingewiesen, dass sich die Professorin gegen Abtreibung aussprach, die Gender-Ideologie mit dem Kommunismus gleichsetzte und die traditionelle Familie, die Vereinigung von Mann und Frau, verteidigte. Was ist daran radikal? Ordo Iuris intervenierte zugunsten von Professorin Ewa Budzyńska, doch schließlich wurde sie von der Disziplinarkommission der Universität bestraft. Dies ist ein klarer Fall eines Angriffs auf die akademische Freiheit, aber niemand scheint sich dafür zu interessieren, und es ist eine sehr ernste Angelegenheit. Ich könnte Ihnen noch mehr Beispiele nennen. In Poznań (Posen) hat Ordo Iuris erreicht, dass die städtischen Behörden ein Bildungsprojekt mit „Antidiskriminierungs“-Unterricht für Schulen zurückgenommen haben, der in Wirklichkeit nichts anderes als eine Indoktrination in der Gender-Ideologie war.

Das Collegium Intermarium ist eine Rückkehr zur klassischen Idee der Universität, wie Sie sie definiert haben, „die Antithese des Soros-Projekts“. Eine Rückkehr zur Leistung angesichts von Universitäten, die nur Ideologie fördern?

Eine Rückbesinnung auf traditionelle Werte, um die Rolle der Universitäten im öffentlichen Leben wiederherzustellen. Heute haben die Universitäten diese Rolle aufgegeben, und das Collegium Intermarium will zu den Grundlagen der klassischen Kultur zurückkehren, zu einem Raum der Meinungsbildung, in dem der Austausch von Ideen und die Vermittlung von Wissen und Wertesystemen an die Studenten stattfindet. Dies ist in einer Zeit, in der es immer weniger Raum für freie akademische Debatten und eine Antwort auf die Krise des akademischen Lebens gibt, dringend erforderlich. Unsere Universität stützt sich auf die unveränderlichen Ideen des Wahren, Guten und Schönen und verleugnet nicht die Grundlagen unserer Zivilisation: das römische Recht, die griechische Philosophie und das lebendige Erbe des Christentums.

Das Collegium Intermarium verfügt über einen ausgezeichneten und internationalen Lehrkörper, und an der Präsentation nahmen Persönlichkeiten wie David Engels, Chantal Desol oder Václav Havel sowie Organisationen wie das ungarische Zentrum für Grundrechte teil. Wie wichtig ist die internationale Zusammenarbeit für das Collegium Intermarium?

Eine der Säulen des Collegium Intermarium ist die Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Partnern im Ausland, vor allem mit den Ländern, die Teil des

Intermarium sind, der „Drei-Meeres-Initiative“, die 12 EU-Länder in der Region zwischen Ostsee, Schwarzem und Adriatischem Meer umfasst. Aber natürlich suchen wir auch die Zusammenarbeit mit akademischen Zentren, Unternehmen und Think Tanks aus Westeuropa und den Vereinigten Staaten und sogar aus Ländern, die nicht Mitglied der Europäischen Union sind, aber historisch zum Intermarium gehören, wie die Ukraine, Serbien, Bosnien und Herzegowina und andere.

Zurzeit gibt es ein Angebot für internationale Studierende, einen Master of European Law in Human Rights and International Conflict Resolution. Wir haben eine internationale Fakultät mit echten Spezialisten auf ihrem Gebiet wie Prof. András Láncki, Rektor der Maciej-Korwin-Universität in Budapest, Fürstin Prof. Dr. Ingrid Detter de Frankopan, die den Fachbereich Internationales Recht leitet und mit Johannes Paul II. über Menschenrechte gearbeitet hat, Prof. Stephen Baskerville, der den Fachbereich Staatswissenschaften leitet, oder Dr. Gregor Puppink, einer der besten Spezialisten für Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Dieser Master ist für Studenten sehr erschwinglich. Sie können sich auf unserer Website über die Bedingungen und Inhalte informieren.



Alvaro Peñas

Als leidenschaftlicher Geschichtsinteressierter und unermüdlicher Reisender kennt er die Länder des Ostens, die er häufig bereist, und deren politische Situation er dank seiner Freundschaften mit Journalisten und Politikern der patriotischen Parteien in vielen dieser Länder sehr gutkennt.

El Correo de España

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [EL CORREO DE ESPAÑA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Krakau: Ratsmitglieder beschließen Erklärung gegen die LGBT-Ideologie

20. 08. 2021



LGBT-Flagge, Symbolbild - Bildquelle: Flickr / Tony Webster / CC BY-SA 2.0

Die Abgeordneten des Sejmik der Woiwodschaft Malopolska/Kleinpolen beschlossen eine Erklärung, in der sie sich gegen die Einführung der „LGBT“-Ideologie in den lokalen Gemeinden aussprechen.

23 Ratsmitglieder stimmten gegen die Aufhebung der 2019 angenommenen Erklärung, welche auf einer Sejmik-Sitzung am 29. April 2019 verabschiedet worden war. Damals stimmten 22 Ratsmitglieder dafür und 9 dagegen. 2 enthielten sich der Stimme.

Das nunmehrige Quorum war ausreichend, da die Versammlung 39 Mitglieder hat. Die Mitglieder des Rates für Recht und Justiz stimmten für die Beibehaltung des Gesetzes. Dagegen waren Abgeordnete der Bürgerplattform, der PSL und ein Abgeordneter, der bis vor kurzem Mitglied des Clubs Recht und Gerechtigkeit war, jedoch am Dienstag seinen Austritt aus dem Club erklärte.

Der Abstimmung ging eine hitzige Diskussion voraus, die vier Stunden dauerte. Die Ratsmitglieder diskutierten über die Aufhebung der Erklärung im Schatten des drohenden Entzugs von EU-Mitteln durch die Europäische Kommission. Nach der Entscheidung des Sejm könnte Kleinpolen 2,5 Milliarden Euro verlieren.

Inhalt der Erklärung

In ihrer Erklärung sprachen sich die Ratsmitglieder gegen „neue Aktivitäten im öffentlichen Raum aus, die auf die Förderung der Ideologie der LGBT-Bewegungen ausgerichtet sind“. Wie es in der Erklärung heißt, verletzen die Ziele dieser Ideologie „die durch das Völkerrecht garantierten Grundrechte und -freiheiten, stellen die durch die polnische Verfassung geschützten Werte in Frage und stören die soziale Ordnung“.

„Als Abgeordnete der Region Malopolska erklären wir unsere Unterstützung für die Familie, die auf traditionellen Werten basiert, und unsere Verteidigung des Bildungssystems gegen LGBT-Propaganda, die die richtige Entwicklung der jungen Generation gefährdet“, heißt es in der Erklärung.

Appelle an Ratsmitglieder

Der Erzbischof von Krakau, Marek Jędraszewski, appellierte in seiner Predigt am 15. August an die Abgeordneten, sich dem Druck der Europäischen Union nicht zu beugen.

- Die Freiheit hat ihren Preis. Dieser Preis beinhaltet die Ehre. Freiheit kann man nicht mit Geld kaufen. Denn das ist nicht mehr Freiheit, sondern Versklavung, auf die weitere Stufen der Entwürdigung der eigenen Seele folgen werden“, so der Hierarch.

Auch die ehemalige Ministerpräsidentin Beata Szydło richtete einen ähnlichen Appell an die Abgeordneten.

Quelle: [Do Rzeczy](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Tschechischer Präsident stellt nach Afghanistan-Debakel die Legitimität der Nato in Frage

Von Laurent Lagneau

20. 08. 2021



Tschechische Soldaten bei einer Nato-Übung · Foto: US Army

Am 5. Juli 1963 erklärte der damalige französische Informationsminister Alain Peyrefitte, dass die Verteidigung Frankreichs nicht „an die Vereinigten Staaten delegiert“ werden könne: „Die französische Regierung hat niemals die Entschlossenheit von Präsident Kennedy oder die des heutigen amerikanischen Volkes in Frage gestellt. Sie hat sich nur gefragt: „Wer kann heute sicherstellen, was die Menschen wollen, was der Nachfolger von Präsident Kennedy in fünfzehn oder fünfundzwanzig Jahren entscheiden wird? Frankreich hätte 1914 und 1939 gerne die Vereinigten Staaten auf seiner Seite gehabt“.

Diese Äußerungen lösten sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Frankreich eine Kontroverse aus. „Ein Sturm im Wasserglas“, wie General de Gaulle es nach den Worten Peyrefittes ausdrückte. „Die lebenswichtigen Interessen Amerikas werden vielleicht eines Tages nicht mehr absolut mit den lebenswichtigen Interessen Europas übereinstimmen. Daran ist nichts Beleidigendes oder Aggressives, und es wurde auch schon oft von anderen gesagt. Ihren Bemerkungen fehlt es mehr an Originalität als an Substanz“, versicherte er seinem Minister. [*]

Fast sechzig Jahre später wurden die gleichen Fragen gestellt. Vor allem, als Präsident Donald Trump die NATO kritisierte oder als sein Vorgänger Barack Obama die amerikanischen Streitkräfte in Europa reduzierte, um sie besser in den indo-pazifischen Raum zu verlegen.

Und der Abzug der amerikanischen Truppen aus Afghanistan [sowie einiger anderer Nato-Mitglieder] mit den bekannten Folgen reicht aus, um bei Washingtons Verbündeten Zweifel zu säen. Zumal es in den letzten Jahren nicht das erste Mal ist, dass die Vereinigten Staaten einseitig beschlossen haben, „befreundete“ Kräfte, die sie zuvor unterstützt hatten, ihrem Schicksal zu überlassen. Die syrischen Kurdenmilizen [YPG] zahlten im Oktober 2019 tatsächlich den Preis dafür, dass sie sich der Türkei stellen mussten, nachdem sie das vom Islamischen Staat [IS oder Daesh] errichtete Kalifat bekämpft und besiegt hatten.

Damals zögerte Präsident Macron nicht, vom „Hirntod der NATO“ zu sprechen. Man kann sagen, dass dieser Kommentar genauso schlecht aufgenommen wurde wie der von Alain Peyrefitte sechsundfünfzig Jahre zuvor. Auf jeden Fall hat die Entwicklung der Lage in Afghanistan zu harschen Äußerungen über das Bündnis geführt, wie die von Armin Laschet, der nach den Bundestagswahlen im September die Nachfolge von Bundeskanzlerin Angela Merkel antreten möchte.

Die Rückkehr der Taliban nach Kabul sei „das größte Debakel, das die Nato seit ihrer Gründung erlitten hat, und es ist ein epochaler Wandel, dem wir gegenüberstehen“, so Laschet. „Es ist ein beschämender Moment für den Westen“, beklagte Mark Sedwill, ein ehemaliger britischer Vertreter bei der Nato.

07) Sergej Lawrow: Überholte Politikpraktiken

Von Rainer Ackermann

24. 08. 2021



Sergej Lawrow - Foto: Russisches Außenministerium

Der russische Außenminister Sergej Lawrow gab der ungarischen Tageszeitung „Magyar Nemzet“ anlässlich seines heutigen Arbeitsbesuchs in Budapest ein Exklusiv-Interview:

Moskau habe zur Kenntnis genommen, dass Budapest infolge seiner Mitgliedschaft in EU und NATO Sanktionen mittrage, die den nationalen Interessen Ungarns zuwiderlaufen. Russland halte diese Art zwangsweiser Block-Solidarität im 21. Jahrhundert für überholt, merkte Lawrow an. Der Altdiplomat erinnerte daran, dass unter den Sanktionen vor allem die Osteuropäer leiden, wohingegen die „großen Länder Europas“ von der entstandenen Lage profitierten. Russland sei bereit, die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit Ungarn in einem Maße zu vertiefen, wie es die ungarischen Partner für wünschenswert halten. Lawrow benannte die ungarische Auftragsproduktion des russischen Impfstoffs Sputnik V als ein Thema seiner Unterredung am Dienstag mit Außenminister Péter Szijjártó.

BUDAPESTER ZEITUNG Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [BUDAPESTER ZEITUNG](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER



Miloš Zeman · Foto: Facebook

Der vielleicht bissigste Kommentar kam von Miloš Zeman, dem Präsidenten der Tschechischen Republik. Seine Partei [die Partei der Bürgerrechte] ist zwar seit den Wahlen 2017 nicht mehr im Parlament vertreten, aber er selbst hat es geschafft, 2018 wiedergewählt zu werden.

Außerdem sind seine Positionen oft verwirrend. Zeman, der von seinen Gegnern als „Marionette“ seines russischen Amtskollegen Wladimir Putin bezeichnet wird, verteidigt dennoch die Mitgliedschaft seines Landes in der Europäischen Union und der Nato [die er als tschechischer Regierungschef maßgeblich mitgestaltet hat], auch wenn er diesen beiden Organisationen sehr kritisch gegenübersteht.

„In den letzten Monaten habe ich gegen antirussische Idioten gekämpft, und in letzter Zeit musste ich auch gegen antiamerikanische Idioten kämpfen [...] Ich stimme nicht zu, dass die amerikanischen Truppen eine Besatzungsarmee sind, und zwar aus einem einfachen Grund: Wir haben im letzten Jahrhundert zweimal eine Besatzung erlebt und wissen, wie das ist“, sagte Zeman zu einer Kontroverse über eine Nato-Übung im Jahr 2015.

Als jedoch der Chef des Weißen Hauses den Abzug der amerikanischen Truppen aus Afghanistan bestätigte, äußerte Zeman auf dem Podium seinen Unmut über diese Entscheidung und bezeichnete sie als „Fehler, der korrigiert werden muss“, da sie die Bildung dschihadistischer Zellen im Lande begünstige. Es sei darauf hingewiesen, dass die tschechische Regierung in dieser Frage denselben Standpunkt vertritt.

Auch die jüngsten Ereignisse in Kabul haben sie in ihrer Meinung bestärkt. Und die Nato hat Prügel eingesteckt.

„Das Misstrauen einer Reihe von Mitgliedstaaten gegenüber der Nato wird nach dieser Erfahrung zunehmen, weil sie sagen werden: ‚Wenn ihr in Afghanistan versagt, wo ist dann die Garantie, dass ihr in anderen kritischen Situationen nicht versagt?‘

Er fügte hinzu: „Jetzt, wo Investitionen in die Nato einer Geldverschwendung gleichkommen, sollten sich unsere Verteidigungsausgaben auf die nationale Verteidigung, auf die nationale [militärische] Beschaffung konzentrieren. Mit anderen Worten, eine Beteiligung Prags an den Operationen des Bündnisses käme nicht in Frage.

Der tschechische Außenminister Jakub Kulhanek war weniger kategorisch als Miloš Zeman. Allerdings müsse Prag „die Realität akzeptieren“ und „nach dem Fall von Kabul wird eine größere Portion Realismus in der Außenpolitik notwendig sein“.

Zur Erinnerung: In der Tschechischen Republik ist der Präsident der Chef der Armee, während die Regierung für die Festlegung der Verteidigungspolitik zuständig ist.

[*] C'était de Gaulle – Alain Peyrefitte (Band II)

Quelle: [Zone militaire](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Das Paneuropäische Picknick und die Öffnung der Grenzen (19.8.1989)

Von Nóra Szekér

22. 08. 2021



Am 20. Juni 1989 nahm **Otto von Habsburg** auf Einladung des **Ungarischen Demokratischen Forums** (*Magyar Demokrata Fórum*, MDF) in Debrecen an einem öffentlichen Forum teil. Bei einem Bankett zum Abschluss der Feierlichkeiten sprach **Ferenc**

Mészáros, lokaler Vorsitzender des MDF, mit **Karl von Habsburg**, dem Sohn von Otto, über die Tatsache, dass trotz vieler hoffnungsvoller demokratischer Veränderungen

die Berliner Mauer immer noch stand und der Eiserner Vorhang die Länder des Sowjetblocks immer noch von Westeuropa trennte.

Ein Picknick mit einem Lagerfeuer an der tatsächlichen Grenze zwischen Ungarn und Österreich, bei dem ein Teil der Gäste in Österreich und ein anderer Teil in Ungarn ihren Speck grillt, könne ein gutes Mittel sein, um auf die Tatsache aufmerksam zu machen, dass **die beiden Länder voneinander abgetrennt sind**. Die Gäste des Abends, die diese Idee hörten, "waren von der Idee amüsiert – und gingen dann zu einem anderen Thema über"- erinnert sich einer der Organisatoren des Picknicks, **László Nagy**. Aber Ferenc Mészáros meinte es ernst, und die Arbeit begann.

Sie nahmen Kontakt zu den **Parteien des "Runden Tisches der Opposition"** in Sopron auf, die **geschlossen hinter der Idee standen**, ebenso wie die **Pfadfinder**. **Imre Pozsgay** (Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei, MSZMP) und **Otto von Habsburg** wurden gebeten, als **Schirmherren** zu fungieren, und sie nahmen diese Aufgabe sofort an.

Die Veranstaltung, die ursprünglich für den 20. August unter dem Titel "Picknick am Eisernen Vorhang" geplant war, wurde schließlich am 19. August unter dem Namen "Paneuropäisches Picknick" durchgeführt.

Ihr Emblem war eine weiße Taube, die den Stacheldraht durchbrach, und ihr Slogan lautete "**Öffnen und mitnehmen**". In Anspielung auf die Dorfverwüstungen in Rumänien war auf den Flugblättern auch der Slogan "**Mauerverwüstung statt Dorfverwüstung**" abgedruckt. **Die Einladungen wurden in sieben Sprachen gedruckt** und auch die Botschaften wurden zur Teilnahme eingeladen.

Nicht zuletzt **dank der Autorität der beiden Schirmherren haben die Behörden die Organisation eher unterstützt als behindert**. Auch bei der Auswahl des Veranstaltungsortes und **bei der Organisation der Veranstaltung leistete der Grenzschutz bereitwillig Unterstützung**. An der Stelle des ehemaligen Grenzübergangs Margitbánya wurde in Sopronpuszta ein Tor geöffnet, das eine Forststraße sperrt, damit **die Gäste** von beiden Seiten der Grenze **während der Veranstaltung die Grenze zwischen den beiden Ländern überschreiten konnten**, sofern sie über gültige Reisedokumente verfügen.

Am 19. August war der Andrang groß. Die Veranstaltung begann mit einer **internationalen Pressekonferenz** auf der Terrasse des Hotels Lövér, wo mehrere **ausländische Filmteams** das Geschehen verfolgten. **Das Prestige und die Immunität des Picknicks waren** durch die Namen seiner Schirmherren bereits **gewährleistet**, diese waren aber nicht persönlich anwesend, da ihre Teilnahme im Falle diplomatischer Komplikationen sogar zu Unannehmlichkeiten hätte führen können. "Wir haben also **die ganze Sache hinter den Kulissen abgesichert**. Ich habe den Leiter meines Sekretariats, den stellvertretenden Minister **László Vass**, gebeten, in meinem Namen an dem Picknick teilzunehmen. Präsident Otto von Habsburg hat seine **Tochter Walburga** geschickt." erinnert sich Imre Pozsgay. **So wurden die Gäste nicht von den Schirmherren, sondern von deren Stellvertretern begrüßt.**

Aber es war nicht das offizielle Programm, das das Paneuropäische Picknick unvergesslich machte.

Nur wenige Minuten nach der Eröffnung um 15.00 Uhr brach eine Gruppe von 150 ostdeutschen Flüchtlingen aus dem Maisfeld aus und eilte zur Grenze.

Nach den geltenden Vorschriften hätten die Grenzschutzbeamten den massenhaften illegalen Grenzübertritt verhindern sollen. Oberstleutnant **Árpád Bella, der diensthabende Grenzschutzbeamte**, beschloss jedoch, nicht einmal Warnschüsse abzugeben, um eine Panik zu vermeiden.

Am Tag des Picknicks gelangten etwa 600 Ostdeutsche nach Österreich.

Damit wurde ein unumkehrbarer Prozess in Gang gesetzt, dessen Vorgeschichte im Frühjahr und Sommer 1989 und in der ostdeutschen Flüchtlingskrise im Sommer zu suchen ist.

Am 2. Mai 1989 wurde auf einer internationalen Pressekonferenz bekannt gegeben, dass der Abbau des Eisernen Vorhangs an der ungarischen Grenze beginnen würde. Das Treffen **zwischen den Außenministern Alois Mock und Gyula Horn am 27. Juni 1989, bei dem der Stacheldraht mit riesigen Drahtscheren durchtrennt wurde**, erregte großes Medieninteresse und machte der Weltöffentlichkeit bewusst, dass der Weg in den Westen über Ungarn immer freier wurde. **In der Zwischenzeit war Ungarn der Genfer Flüchtlingskonvention beigetreten**, die im Gegensatz zu den sozialistischen Praktiken demokratische Regeln für die Behandlung von Flüchtlingen enthielt. Dementsprechend wurden Flüchtlinge, die vor der Ceaușescu-Diktatur flohen, nicht nach Rumänien zurückgeschickt.

Diese Nachricht veranlasste Hunderttausende von Ostdeutschen, über die österreichisch-ungarische Grenze zu versuchen, aus der DDR zu "fliehen".

Mit Beginn der Sommerferien begann der **Zustrom von DDR-Touristen ins Land**, der bis Ende August auf die **Hunderttausende** anstieg. **Ungarn wurde zu einer Transitzone**, einem Aufenthaltsort, an dem Tausende von Flüchtlingen auf die Möglichkeit zur Weiterreise warteten. Die westdeutsche Botschaft in Budapest war bereits in den ersten Augusttagen voll besetzt. Auch in den umliegenden Straßen kampierten ostdeutsche Familien.

Die ungarische Regierung stand unter enormem Druck. Die Freilassung der Flüchtlinge könnte nicht nur in der DDR unter Honecker, sondern auch in den anderen orthodoxgeführten sozialistischen Staaten unvorhersehbare Reaktionen hervorrufen,

während die Masse der Flüchtlinge im Lande zu einem immer unüberschaubareren Problem wurde.

Die Geschichte des Picknicks besagt, dass es, wie Ministerpräsident **Miklós Németh** sich erinnert für die ungarische Regierung eine Gelegenheit war, die Reaktion des Auslands und insbesondere der DDR auf eine mögliche Öffnung der Grenze zu "testen". **Ungarn konnte nicht auf offen zugesagte Hilfe aus dem Westen zählen**, vor allem nicht in einer Zeit, in der

der Gedanke an die deutsche Einheit in den meisten Ländern des Westblocks ernsthafte Bedenken hervorrief.

Die Reformpolitik der Sowjetunion war an **Gorbatschow** gebunden, die Stabilität der Unterstützung war selbst innerhalb der eigenen Partei unberechenbar und in den Satellitenstaaten, mit Ausnahme von Ungarn und Polen, vorhersehbar gering. Und

wie **Gyula Kurucz**, einer der Organisatoren des Picknicks, der nichts von den Entwicklungen hinter seiner zivilen Initiative ahnte, es 20 Jahre nach den Ereignissen formulierte: **“Es blieb also bei heimlichen, taktischen Manövern”**.

In den Tagen nach dem Picknick blieb eine aggressive Offensive der DDR aus, aber

die Nachricht vom erfolgreichen “Durchbruch” ermutigte viele Flüchtlinge, die Grenze illegal zu überqueren.

Diese Versuche wurden von der Grenzpolizei jedoch mit einem härteren Durchgreifen beantwortet. Am 21. August endete der Versuch von **Kurt-Werner Schultz** tragisch, als er bei einem Handgemenge mit einem Grenzsoldaten **vor den Augen seiner Familie getötet wurde**. Am 23. August kam es zu einem weiteren Zwischenfall – der so genannten **Schlacht von Sopronpuszta und Kópháza** -, bei dem **mehr als 100 Menschen, darunter auch Kinder, mit Grenzsoldaten zusammenstießen**, die mit Schlagstöcken und Gewehren bewaffnet waren. Es war allen klar, dass die Situation nicht länger tragbar war.

Am 25. August trafen sich **der ungarische und der westdeutsche Ministerpräsident** zu einem Geheimtreffen im Schloss Gymnich bei Bonn. In dieser unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgehaltenen Besprechung

wurde vereinbart, die Grenze für DDR-Bürger zu öffnen.

Am 8. September setzte die Ungarische Volksrepublik das Abkommen mit der DDR aus dem Jahr 1969, das die Ausreise der Ostdeutschen aus Ungarn beschränkte, formell außer Kraft und öffnete damit den Weg in den Westen. Die Entscheidung wurde von der Regierung in den Abendnachrichten am 10. September bekannt gegeben. Innerhalb von neun Tagen übertraten 12.121 Ostdeutsche die Grenze nach Österreich, bis zum 20. September waren es 17.500.

Das Paneuropäische Picknick wurde nicht nur zu einem symbolischen Ereignis, das den lang erwarteten Moment des freien Grenzübertritts sinnbildlich verkörperte, sondern es beschwor auch die Ereignisse herauf, **die zur Öffnung der Grenze und**

zur Wiedervereinigung des geteilten Deutschlands führten.

Die Autorin, Dr. phil. Nóra Székér, ist Historikerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin bei RETÖRKI.

Originaltext auf Ungarisch: tuntetes-archivum.hu/1989.08.19

Ungarnreal

Dieser Beitrag erschien in deutscher Übersetzung von Sophia Matteikat zuerst bei [UNGARNREAL](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.



Von wem, wo und wie hast du die Nachricht von dem Plan für die Veranstaltung erhalten?

Als **László Magas** endlich so um den 20. Juli aus Deutschland nach Hause kam und den Brief von **Maria Filep** gefunden hatte, setzte er sich gleich ins Auto und fuhr kreuz und quer durch die Stadt. Man muss wissen, dass damals nur einige wenige Telefon hatten. Damals war unser Auto sozusagen das Telefon.

Ich sah, dass **László Magas** mit seinem Wagen **in unseren Garten fuhr** und hinten sich wendete. Er stieg gar nicht aus, denn er wollte schnell weiter. Er sagte, er hätte **einen Brief aus Debrecen, von den dortigen MDF-Leuten, bekommen, die ein Picknick bei Sopron an der österreichisch-ungarischen Grenze am 19/20 August veranstalten wollten.**

Er konnte einen Saal für den nächsten Tag im sog. „Kakasos Ház“ (Das Haus mit dem Hahn) organisieren, wo wir besprechen könnten, ob wir an der Organisation teilnehmen wollen.

Viel Lust hatte ich nicht dazu, weil **wir in Sopron superaktiv waren** und seit der Gründung fast „hauptamtlich“ für das MDF gearbeitet hatten. Ich sehnte mich gerade nach einer kleinen sommerlichen Erholung. Deshalb, als ich in die Wohnung kam und meine Frau fragte, was **László** wollte, antwortete ich, dass er „**schon wieder eines meiner Wochenenden verdorben hatte**“. Wenn es nur bei einem Wochenende geblieben wäre!!! Aber es war gut, dass es so gekommen war.

Was für eine konkrete Aufgabe hast du im Laufe der Organisation bekommen?

Die Organisation, die Abwicklung des Paneuropäischen Picknicks im Jahr 1989 in Sopron war eine echte Gruppenarbeit. Die Leitung des MDFs und auch die Leitung des

oppositionellen Runden Tisches (wo ich mit László Magas und Dr. Felix Örs das MDF vertrat) **arbeitete wie Workaholics** Tag für Tag an für uns wichtig erscheinenden Projekten. Das Picknick war so eins. Wir hatten **regelmäßig Besprechungen in der Angelegenheit „Picknick“**, an denen die Organisatoren vollständig anwesend waren. Wir bekamen das Ersuchen viel zu spät und befürchteten, dass wir das Picknick wegen der fehlenden Zeit nicht in würdiger Weise, im würdigen Rahmen werden organisieren können.

Von einer Verschiebung konnte aber wegen des 20. Augustes keine Rede sein.

Im Zusammenhang mit dem Programm **kamen viele Ideen auf**, und die die Zustimmung der Versammlung erhielten, leiteten wir nach Debrecen weiter. So eine Idee von László Magas war, dass es **eine Grenzöffnung an der alten Pozsony (Preßburger) Straße** geben sollte. Das gefiel jedem und unsere Freunde in Debrecen waren auch einverstanden, nur dass es nicht so einfach war, das zu organisieren. **Heute wissen wir, was für eine wichtige Sache das war.** Wenn diese Idee nicht aufgekommen wäre, dann **wären mit großer Wahrscheinlichkeit auch keine Ostdeutsche gekommen.** Diese Besprechungen, Idee-Börsen im Zusammenhang mit der Organisation waren sehr wichtig. Tatsächlich konnte jeder von uns Einfluss auf die Ereignisse nehmen, obwohl wir uns an **die Einzelheiten** nicht mehr erinnern, denn diese sind **nur kleine, winzige Puzzle-Stücke, die sehr wichtig waren, nur sie erschienen damals nicht als wesentlich!**

Ich kann mich nicht einmal an Bruchteile meiner Aufgaben erinnern! Aber das ist auch bei den anderen so, die kein Tagebuch geführt haben. Es ist deshalb so, weil in dieser Situation die kleinen Aufgaben nicht wesentlich erscheinen.

Wir hatten keine Ahnung, dass wir Geschichte schreiben und all das einmal auch für andere interessant sein wird.

In Wirklichkeit begannen ab dem 10. Jahrestag die Geschichtswissenschaftler und die Journalisten Interesse zu zeigen, wer was gemacht hatte.

Meine Aufgaben waren im Übrigen alle so, dass man sie **in den Nachmittagsstunden oder am Wochenende** erledigen konnte. Es gab nämlich Organisatoren – wie mich – die tagsüber an ihrem Arbeitsplatz arbeiten mussten. Aber es gab unter uns auch **Studenten, Rentner, Freischaffende und Lehrer, die ihre Sommerferien hatten.** Sie übernahmen die am Vormittag, in den Ämtern zu erledigenden Arbeiten, sie **verhandelten mit den staatlichen Firmen und Ämtern, mit dem Grenzschutz.**

Ich arbeitete hauptsächlich **mit Pál Csóka** zu zweit. **Wegen unserer Deutschsprach- und Ortskenntnisse fuhren wir hinüber nach Österreich.**

Dort verteilten wir z.B. deutschsprachige Flugblätter, die wir an die Frontscheibe der Autos klemmten.

Wir machten uns nachmittags gegen 4–5 Uhr auf den Weg und verteilten die Flugblätter in Sankt Margarethen, Rust und Mörbisch am See, damit die Österreicher dann kommen sollen. Sie kamen auch ...

An der Flugblätterverteilung in Sopron nahm ich auch teil. Wahrscheinlich waren wir dort in ganzen Gruppen. Im Burgviertel steckten wir die Flugblätter unter die Scheibenwischer der Autos. **Ich legte sie mit besonderer Lust auf die Wagen mit DDR-Kennzeichen und dachte gar nicht daran, was für eine Bedeutung das haben könnte.** Uns wurde auch

aufgetragen, dass wir *in Österreich einen politischen Kontakt finden sollen, um die Erlaubnis für die Grenzöffnung auch auf der österreichischen Seite zu erhalten.*

Ich erinnere mich, dass wir mit Pál Csóka eines Tages aufs Geratewohl zum Bürgermeisteramt in Rust gingen. Selbstverständlich war es zu diesem Zeitpunkt bereits längst geschlossen! Wegen der knappen Zeit – jegliche Etikette beiseiteschiebend – gingen wir zum Privathaus des Bürgermeisters. Er war nicht zu Hause ... Mit hängenden Köpfen fuhren wir nach Hause!

An Ort und Stelle gab es aber auch die schwierige Aufgabe der Geländebereinigung. Zwar war das Gelände eben, aber wegen der Zelte und hauptsächlich wegen der Bühne musste man es vorbereiten. Es gab unwahrscheinlich viel Unkraut, hohes Gras, kleinere Büsche, die man zusammen mit den Wurzeln heraushauen musste. Das war eine Arbeit für einen halben Tag. Wahrscheinlich war es an einem Samstag.

Es war ein großes Erlebnis, denn ich konnte da das erste Mal den Eisernen Vorhang berühren!

Wir betrachteten gerade neben dem bereits abgenommenen Tor den Eisernen Vorhang, als ein Fahrzeug mit offenem Verdeck kam. Die Sache wurde davon denkwürdig und deshalb erinnere ich mich daran. **Arbeitermiliz und die Grenzschutzoffiziere waren gerade auf dem Weg zu einer Jagd, denn für sie war in diesem Bereich alles erlaubt.** Auf dem Verdeck stand ein Offizier und zeigte **schreiend** seine Faust. Wir verstanden nur Wortfetzen, aber als er neben uns vorbeifuhr, konnten wir die Worte gut vernehmen:

„hier wird es gar kein Picknick geben ... wir schießen euch ins Hinterteil!“

Meine wichtigsten Aufgaben bestanden aber während des Picknicks. **Wegen meiner Sprachkenntnisse übernahm ich die Abwicklung der Pressekonferenz,** wo ich simultan auf Englisch/Ungarisch/Deutsch übersetzte. Danach **führte ich** mit meinem eigenen Wagen **den Bus mit den Journalisten zum Tor, weil ich den Weg kannte,** der Busfahrer aber nicht. Wir wären zusammen nach Szentmargitbánya gefahren, aber dieser Programmpunkt blieb weg.

Dann fuhren wir auf das Gelände des Picknicks, wo **ich die Reden auf Deutsch übersetzte bzw. zurück ins Ungarische. Ich meine, ich las unseren Aufruf auf Deutsch und auch auf Englisch vor.** Meine weiteren Aufgaben waren danach die **Unterhaltung der ausländischen Diplomaten und Journalisten.** Das führten wir zu zweit mit meinem Freund Dr. Félix Örs aus.

Welche Wirkung dieses große Ereignis auf deine Persönlichkeit hatte, welche Emotionen die Erinnerung an dieses bei dir weckt?

Dieser Tag ist für mich seither ein **bestimmendes Erlebnis.** Besonders deshalb, weil ich immer, was die deutsche Teilung betraf, empfindsam war. Die Oberschule besuchte ich in deutschsprachigen Gymnasien in einem dritten Land und

in der BRD. Meine dortigen Klassenkameraden verstanden es nicht, warum man sie wegen des II. Weltkrieges mit dieser Teilung bestrafen muss,

letztlich wurden sie 12 Jahre nach Beendigung des Krieges geboren. Aber ich hatte immer auch Freunde auf der anderen Seite. Viele, aus der DDR kommenden Semesterkollegen sagten dasselbe während meiner Studienzeit an der Universität. Deshalb freue ich mich

besonders, dass ich – wenn auch nur eine mohnkerngroße Kleinigkeit – aber *doch etwas zusammen mit meinen Freunden im Interesse der Vereinigung von Deutschland und Europa tun konnte.*

In diesem Zusammenhang sagte Herr Minister **Norbert Blüm** Folgendes am ersten Jahrestag in Sopron: „Vor einem Jahr, am 19. und 20. August, *siegten die Menschen mit Hilfe der Tapferkeit und der Fantasie über die Verstocktheit und Sklaverei. Damit brachten sie nicht nur für die in der Osthälfte unseres Vaterlandes lebenden Mitbürger die Freiheit, sondern ebenso für die in den anderen Staaten lebenden von Europa.*“

Diese dort erlebte **Katharsis** weckt in mir natürlich **tiefe Emotionen bis zum heutigen Tag**, obwohl ich überdurchschnittlich pragmatisch denke. Eben deshalb ist es interessant – selbst für mich -, dass ich erst **sehr langsam die geschichtliche Bedeutung des Picknicks** begriff. **József Antall**, – der erste Ministerpräsident nach der Wende -kam oft nach Sopron und er **fragte uns ständig über das Picknick**, die Sache gefiel ihm sehr.

Wir taten aber nur, was wir für richtig und wichtig erachteten!

Ich war auch 1999 sehr überrascht, als ich als Sekretär der Stiftung die Aufgabe erhielt, dass ich zum 10. September um 10 Uhr die für eine Auszeichnung würdigen ins Parlament zaubern solle. Ich stellte mir selbst die Frage, **ob wir diese verdient haben? Seitdem weiß ich, dass dies zutrifft!!** Diese unsere Gruppe würde sogar noch mehr verdienen...

Die Erinnerung an das Picknick weckt in mir aber nicht nur Emotionen, sondern **gibt mir auch die Kraft, dass ich nach meinen Möglichkeiten alles tue**, um die Bekanntheit und Anerkennung des Picknicks zu verbreiten. Das ist deshalb wichtig – abgesehen davon, dass wir persönlich betroffen sind -, weil die für diese Zeit Interessierten erfahren müssen, **welche wichtige Rolle in dieser Periode die Zivilpersonen gespielt hatten.** |

In Wirklichkeit hatten die polnischen und ungarischen Zivilleute eine Situation in Mittel- und Osteuropa herbeigeführt, die eine Eskalation bewirkte und die Großmächte und die lokalen Politiker lieber den Systemwechsel „auf sich nahmen“, um eine eher nicht zu handhabende Revolution zu vermeiden.

Zitieren wir einen Fachmann auch, einen Geschichtswissenschaftler, in diesem Zusammenhang. Namentlich **László Borhi**: „Im Zusammenhang mit dem Jahr 1989 bin ich zu der Überzeugung gelangt, dass die Veränderung entgegen der allgemeinen Annahme nicht nur von **Bush und Gorbatschow** herbeigeführt wurde.

Polen und Ungarn spielten eine sehr große Rolle, was den Systemwechsel betrifft, sogar derart, dass selbst die Führung der NATO-Staaten Angst vor diesem Übergang hatte.

Die davor existierende Welt war für sie, wenn auch nicht gut, doch berechenbar, daher tanzten sie vor Freude überhaupt nicht. Die Forschung brachte mich zu diesem Ergebnis

und das wollte ich nicht kosmetisch abändern.“ (Index – „Als die Engländer und Amerikaner den Juden hätten helfen können, taten sie nichts“ ein Artikel von Adam Kolozsi, 04.04.2019)

Nagy László war einer der Hauptorganisatoren des "Paneuropäischen Picknicks, 1989"

Ungarnreal

Dieser Beitrag erschien zuerst in deutscher Übersetzung von Dr. Gábor Bayor bei [UNGARNREAL](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Ungarische Panzer in der Slowakei (21.8.1968)

Von György Pihál

21. 08. 2021



"Ungarn geht nach Hause! Befehl heimwärts." -
Bildquelle: Archivnet/Magyar Országos Levéltár

Heute erinnern wir uns an den einundzwanzigsten August 1968. Der Tag, an dem die vereinigten Streitkräfte des Warschauer Paktes, darunter eine 10.000 Mann starke ungarische Division, in die damalige Tschechoslowakei einmarschierten, um „freundliche Unterstützung“ zu leisten. Genosse Leonid Breschnew erteilte den Befehl, und Osteuropa beugte sich ihm gehorsam. Ich würde es nicht als Freundschaftsbesuch bezeichnen, man kommt nicht mit Waffen und gepanzerten Fahrzeugen zu Besuch.

Die ungarische Öffentlichkeit wurde nicht informiert, und in der Népszabadság vom nächsten Tag stand lediglich, dass „Ungarn in Partnerschaft mit den Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes der befreundeten Tschechoslowakei internationalistische Hilfe leistet“. Moskau beschloss, das Land von Alexander Dubček zu besuchen, in dem zu dieser Zeit ein anderer Wind zu wehen begann.

Die Nachricht kam leise, heimlich – denn es waren Nachrichten über den Prager Frühling vor der Invasion, über die leise wachsende und dann anschwellende Unzufriedenheit, die den 50er Jahren in Ungarn unheimlich ähnlich war.

Das war nicht das, was die Welt erwartet hatte. Am allerwenigsten von Ungarn. Kádár sträubte sich ein wenig, aber dann klickte er mit den Absätzen und tat, was ein Lakai tun muss. Die ungarischen Panzer waren auf dem Weg – und zwar „zufällig“ in ungarisch bewohnte Gebiete in der Slowakei, wo ihnen Tafeln wie die oben abgebildete entgegengehalten wurden.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Ungarn feiert Nationalfeiertag

20. 08. 2021



Foto: Flickr

Nach zwei Jahren Covid-bedingter Einschränkungen können die Ungarn auf der ganzen Welt heute wieder gemeinsam das Fest der Staatsgründung feiern, nicht nur im Geiste. Die Organisatoren rechnen mit Hunderttausenden von Menschen, die an den Veranstaltungen in Budapest und auf dem Land teilnehmen werden. Die bisherigen erfolge bei der Epidemiebekämpfung werden es ermöglichen, dass die Ungarn frei, gemeinsam und ohne Masken zu feiern.

Der Nationalfeiertag ist zugleich das Gedenken an die Tatsache, dass die ungarische Nation seit mehr als tausend Jahren in diesem Land in den Karpaten lebt, in einem christlichen, europäischen Staatsrahmen. Er soll den Geist des Heiligen Stephans heraufbeschwören, der als apostolischer Monarch den Ungarn und Nicht-Ungarn, die hier zehn Jahrhunderte lang gelebt haben und immer noch leben, geistige, intellektuelle und politische Grundlagen gegeben hat.

Für die Ungarn in aller Welt ist der 20. August auch das Fest der heiligen Speise, des neuen Brotes. Es ist der Tag, an dem das Brot der Ungarn aus Getreide und gemahlenem Mehl aus allen Teilen des Karpatenbeckens zubereitet wird, um die Einheit der nationalen Teile des durch Trianon zerrissenen Landes zu verkünden. Es gibt in der ungarischen Welt keine einzige Gemeinde, ob groß oder klein, in der dieses Fest nicht begangen wird.

Budapest

Auch in diesem Jahr wird es am langen Wochenende des 20. August zahlreiche Programme in der Hauptstadt geben. Neben den traditionellen Festprogrammen umfassen die Veranstaltungen zum Stephanstag klassische und populäre Musikkonzerte, Festivals, historische Präsentationen, spektakuläre Paraden, Ausstellungen, Kunstprogramme und gastronomische Erlebnisse.

Die Veranstaltungsreihe begann bereits am 19. August um 16:00 Uhr mit dem Straßenmusikfestival auf dem Freiheitsplatz und dem Szabadrét-Festival auf dem Elisabethplatz. In der Budaer Burg, auf der Tóth Árpád-Promenade, wird der Heldenweg mit spektakulären Rollenspielen an sieben bedeutende Persönlichkeiten der ungarischen Geschichte erinnern. Gleichzeitig finden auf dem Kapisztrán-Platz Militärprogramme und Konzerte des Militärorchesters statt.

Am Fest des heiligen Stephan wird Kardinal-Primas Péter Erdő die feierliche Messe auf dem Platz vor der Stephansbasilika leiten und der Bischof von Pécs (Fünfkirchen), László Felföldi, wird als Redner auftreten. Nach dem Gottesdienst findet die traditionelle St. Jobb-Prozession statt.

In der Andrásy-Allee findet auch in diesem Jahr traditionell ein Umzug statt, bei dem in einer Reihe von spektakulären, rollenden Installationen emblematische Figuren und Symbole des Christentums sowie prominente Persönlichkeiten, Erfinder, Künstler und Stätten der ungarischen Geschichte gezeigt werden.

Vor dem Schlossgartenbasar, auf der Straße der ungarischen Geschmäcker, können die Besucher den Kuchen sowie die Brote des Stephanstages kosten.

In der Alkotmány-Straße befindet sich eine Ausstellung, die den kulturellen Reichtum und die Vielfalt des Landes zeigt. Auf dem Kossuth-Platz wird der rekonstruierte Goldene Zug zu sehen sein, ein Reliquienwagen, der 1938 gebaut wurde, um die Heilige Rechte, die wie durch ein Wunder erhaltene rechte Hand des Heiligen Stefan, durch das Land zu transportieren.

Auf dem Platz des 15. März werden die großen Sportler und Olympioniken des Landes vorgestellt. Auf dem Programm stehen auch Sportspiele und eine Ausstellung von Fotos und Erinnerungsstücken der Olympioniken des Landes.

Ungarische Designer, Gestalter und Kunsthandwerker werden auf der Bálna im Rahmen des Programms der Ungarischen Agentur für Mode und Design vorgestellt.

Auf der Wiese vor der Burg, zwischen der Vázsony-Vilmos-Promenade und der Vajdahunyad-Promenade, wird ein Kinderfest organisiert, bei dem sich die Familien unter anderem an den Märchenfiguren von István Csukás, den Auftritten der Tintaló-Gesellschaft, der Stelzenlauf-Komödie der Vaga-Band und den Ritterspielen erfreuen können.

Neben den musikalischen und interaktiven Programmen sollten Sie auch den Stephansaal des Budaer Burgpalastes besuchen, der originalgetreu renoviert wurde. Die kunstvollen Innenräume sind vom 20. August bis Ende des Monats kostenlos zu besichtigen.



Die ungarischen Verteidigungskräfte bereiten für diesen Tag eine Überraschung vor -
Foto: Zoltán Havran

Die ungarischen Verteidigungskräfte bereiten eine Überraschung für die Luftparade in Budapest am 20. August vor. Der Kommandeur der ungarischen Streitkräfte, Romulusz Ruzsin-Szendi, sagte, dass es über der Donau etwas zu sehen geben wird, was die Menschen in Ungarn noch nie gesehen haben. Am Stephanstag werden mehr als 200 neu ernannte Leutnants auf dem Kossuth-Lajos-Platz vor dem Parlament ihren Amtseid ablegen. Anschließend beginnt um 9 Uhr die Flugparade über der Donau. Nahezu die gesamte ungarische Luftwaffe wird bei der Veranstaltung, die etwa eine Dreiviertelstunde dauern wird, vertreten sein.

Auch in diesem Jahr lohnt es sich, das rund 35-minütige Feuerwerk, das um 21.00 Uhr beginnt, von einem guten Aussichtspunkt aus zu beobachten, denn für das diesjährige Feuerwerk wurden achtmal so viele Raketen – rund 40.000 – bestellt wie in den Vorjahren.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER